

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 338 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Das Verbandsjahr 1923.

1. Mitgliederbewegung.

Unsere Betrachtungen über die Mitgliederbewegung unseres Verbandes im Jahre 1922 („Proletarier“ Nr. 23 vom 9. Juli 1923) schloß mit dem Satz:

„Möge das laufende Jahr uns neben einer Anzahl neuer Mitglieder mehr Organisationsdisziplin bringen, damit es gelingt, die Mitgliedschaft vor bitteren Erfahrungen zu bewahren.“

Heute muß festgestellt werden, daß diese Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen sind. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben an sich schon die Agitation erschwert und Mitgliederverluste gebracht. Die Organisation war nicht immer imstande, die verderblichen Folgen der Inflation unwirksam zu machen, und manches kurzfristige Mitglied ist deshalb fahnenflüchtig geworden. Obwohl Organisation und Funktionäre ihr Bestes getan haben, ist es nicht gelungen, die Mitgliedschaft vor bitteren Erfahrungen zu bewahren. Durch das Übergreifen der kommunistischen Partei auf die Gewerkschaften, durch das Eingreifen dieser Partei in die Gewerkschaftsarbeit ist es unmöglich gewesen, die junge Mitgliedschaft zur Organisationsdisziplin zu erziehen. Dadurch sind den Gewerkschaften und speziell auch unserem Verbands schwere Schäden erwachsen zum Nachteil der ganzen Mitgliedschaft und der gesamten Arbeiterbewegung. Insbesondere in der chemischen Industrie, in der die kommunistische Partei ihre Putschveranstaltung hat, ist die Arbeiterschaft heute völlig zerrissen, die Organisation geschwächt. Hier hat die kommunistische Partei mit ihrer prinzipiellen Taktik, Verleumdung der Führer, Mißkreditierung der gewerkschaftlichen Erfolge und Auflösung jeder Ordnung, Erfolge erzielt, die sich auswirkten in schweren Niederlagen der Arbeiterschaft. Um die Desorganisation vollständig zu machen, hat die kommunistische Partei durch ihre Werkzeuge eine neue Organisation, den „Industrieverband der Chemie“, gegründet. Trotz dieser offensichtlichen Zerstörung der einheitlichen Organisation hat diese Neugründung Anhänger gefunden, die allen Ernstes glauben, so arbeite man für eine Einheitsfront der Arbeiterschaft.

In jenen Gebieten, in denen die kommunistische Partei die Arbeiterschaft von Niederlage zu Niederlage geführt hat, sind neu entstanden oder wurden erheblich gestärkt die gelben Verbände und deutschvölkische Organisationen. Daneben ist die Zahl der Indifferenten stark angewachsen. Das sind die Erfolge der kommunistischen Partei, der Partei des politischen und gewerkschaftlichen Analphabetentums.

Es ist schon hervorgehoben, daß Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit diese Entwicklung begünstigt haben. So belief sich die Zahl der in Deutschland vorhandenen und unterstützten Vollerwerbslosen im Anfang Dezember 1922 auf 42 593, im Anfang Dezember 1923 jedoch auf 3 450 000.

Von den Anfang Dezember 1923 unterstützten Vollerwerbslosen — nicht alle Arbeitslosen sind unterstützungsberechtigt — entfielen annähernd zwei Millionen auf das besetzte Gebiet (obwohl zu diesem Zeitpunkt die Wiederaufnahme der Arbeit schon teilweise begonnen hatte) und 1 450 000 auf das unbesetzte Deutschland. Weitere 2 330 000 Kurzarbeiter wurden unterstützt, darunter 1 330 000 im unbesetzten Deutschland. Die Prozentzahlen der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in einigen wichtigen Fachverbänden zeigen im Verlauf des Jahres 1923 folgende Entwicklung:

1923	Arbeitslose in %			Kurzarbeiter in %		
	Jan.	Ende Juni	Ende Dez.	Jan.	Ende Juni	Ende Dez.
Deutscher Metallarbeiter-Verband	1,29	4,43	24,0	2,01	12,59	49,7
Deutscher Textilarbeiter-Verband	3,19	3,25	13,8	33,58	29,69	59,2
Deutscher Holzarbeiter-Verband	2,4	2,69	22,5	7	6,18	32,6
Deutscher Bergbauverband	2,75	3,35	7,9	0,4	1,19	4,5
Verband der deutschen Buchdrucker	8,4	6,71	35,5	?	12,51	35,4
Verband der Buchbinder u. Papierarb.	4,45	5,67	21,7	18,14	18,56	54,6
Deutschlands	4,24	3,33	23,4	9,28	9,62	41,1

Daß unter solchen Umständen sowohl die Agitation leiden, wie auch die Radikalisierung unklarer Köpfe fortschreiten mußte, ist nicht weiter verwunderlich. Unter Würdigung des bis jetzt Gesagten sind die folgenden Angaben über die Mitgliederbewegung zu bewerten.

Nach Quartalen zusammengestellt, zeigt die Mitgliederbewegung im Jahre 1923 folgendes Bild:

Mitgliederzahl am Schlusse des	männliche	weibliche	zusammen
4. Quartals 1922	525 504	207 509	733 013
1. " 1923	512 827	199 632	712 459
2. " 1923	531 591	19 340	730 931
3. " 1923	493 573	189 474	683 049
4. " 1923	383 963	133 857	522 294
Jahresdurchschnitt 1923	487 292	186 857	674 149

Wie diese Aufstellung zeigt, ist der Verlauf der Mitgliederbewegung ein normaler, wie wir ihn aus früheren Jahren kennen. Vom 4. Quartal des Vorjahres bis zum Schlusse des 1. Quartals im Berichtsjahr — also in den Wintermonaten — ein Rückgang. Dann in den Frühjahr- und Sommermonaten wieder ein Aufstieg, aber schon Ende September zeigen sich die Folgen der Ruhrkrise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit. Endlich mit dem Höhepunkt der Inflation und der Stabilisierung unserer Mark treten sehr bald die schweren Rückwirkungen der Inflation ein, die im Gefolge mit der Stabilisierung bei der Industrie den Geldmangel nachteilig fühlbar werden lassen. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die Gewerkschaftskassen sind leer, der Widerstand

der Gewerkschaften ist geschwächt. Die Unternehmer nützen diese Situation aus und gehen zum Angriff über. Die Gewerkschaften befinden sich in der Abwehr, ein Teil der Arbeiterschaft zieht daraus den Schluß, die Gewerkschaften nützen nichts, und verläßt die Organisation. Gefördert wird diese Erscheinung durch die maßlose demagogische Heße der kommunistischen Partei, deren Tätigkeit durch die Krise begünstigt wird.

Von den am Jahreschlusse in 478 Zahlstellen vorhandenen 522 294 Mitgliedern entfallen auf die weiblichen Mitglieder 26,57 Prozent. Der Rückgang der weiblichen Mitgliederzahl ist etwas größer als bei den männlichen. Er ist aber nicht so bedenkend, daß man daraus nach irgendeiner Richtung ganz bestimmte Schlüsse ziehen könnte. Der Rückgang beträgt bei den männlichen Mitgliedern 128 864 oder 25,12 Prozent, bei den weiblichen Mitgliedern 61 301 oder 30,78 Prozent.

Auch die Fluktuation der Mitgliedschaft zeigt keine außergewöhnlichen Erscheinungen, wenn man die ganze wirtschaftliche Entwicklung des Berichtsjahres in Betracht zieht. Die gleichen Erscheinungen wie in früheren Krisen Jahren werden sichtbar. Weniger Eintritte, mehr Austritte, mehr Abgereifte, weniger Zugereifte. Diese Feststellung hängt zusammen mit der geringen Nachfrage nach Arbeitskräften. Folgende Aufstellung zeigt die Fluktuation der Mitgliedschaft:

Mitgliederzugang		Mitgliederabgang	
1922	1923	1922	1923
Aufnahmen	287 773	144 501	Ausgeschieden
zugereift	27 264	16 675	abgereift
von anderen Verbänden übergetr.	70 943	38 014	zu anderen Verbänden übergetr.
	385 985	199 190	
			334 943
			409 950

Wenn die deutsche Außenpolitik nicht in die Finger von naiven Dilettanten gerät, wenn sie von verantwortungsvollen Männern weitergeführt wird, dann ist mit der Gesundung unserer Finanzen eine Gesundung der Wirtschaft und als Folge dieser eine Gesundung der Volkseele zu erwarten. Von der guten oder schlechten Erledigung der Grundfrage (Beziehungen zum Ausland, Erledigung des Sachverständigen-Ausschusses) hängt in erster Linie mit die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisationen, also auch unseres Verbandes, ab. Nach der Entwicklung dieser Dinge in den letzten Wochen liegt kein Grund zu Befürchtungen vor.

Seit seinem Bestehen hat unser Verband schon manchen Sturm erlebt. Sein alter, guter Mitgliederbestand ist aber so widerstandsfähig, daß er — nachdem er das letzte Jahrzeit so gut überstanden hat — nicht erschüttert werden kann. Die Unbefähigkeit der für den Gewerkschaftsgedanken noch unferigen Arbeitermassen kann daran nichts ändern. Die besten der früher Indifferenten hat der Verband in den letzten Jahren in seinen Bestand einverleibt. Die anderen kommen, wenn nicht morgen, so übermorgen. Sehen wir uns doch einmal die Entwicklung und die Fluktuation seit 1916 an:

Jahr	Zugänge	Abgänge	Zunahme	Abnahme	Mitgliederzahl am Jahreschlusse
1910	74 496	48 716	25 780	—	167 097
1911	81 578	59 232	32 346	—	189 443
1912	78 888	60 734	18 154	—	207 597
1913	58 467	58 680	—	213	207 384
1914	31 930	52 876	—	77 045	130 341
1915	13 524	25 017	—	45 223	85 118
1916	20 398	13 850	—	4 563	80 535
1917	61 327	24 104	80 039	—	110 584
1918	204 468	53 006	145 993	—	256 577
1919	596 147	244 037	345 426	—	602 003
1920	369 063	326 156	42 907	—	644 910
1921	308 815	271 754	37 061	—	681 971
1922	385 985	334 943	51 042	—	733 013
1923	199 190	409 950	—	210 719	522 294

Hilfe

und Schutz gewährt der Verband seinen Mitgliedern, soweit die Mitgliedschaft selbst durch Treue und Pflichterfüllung ihn dazu

in

den Stand gesetzt hat. Werben von Mitgliedern für den Verband, Erfüllung der Beitragspflicht sind die Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit

der

Organisation. Je mehr einzelne sich zu diesem Zweck vereinen zur solidarischen Vielheit, desto besser gelingt es dem Verbands, zu verringern seelische und körperliche

Not.

Jahr	Zugänge	Abgänge	Zunahme	Abnahme	Mitgliederzahl am Jahreschlusse
1910	74 496	48 716	25 780	—	167 097
1911	81 578	59 232	32 346	—	189 443
1912	78 888	60 734	18 154	—	207 597
1913	58 467	58 680	—	213	207 384
1914	31 930	52 876	—	77 045	130 341
1915	13 524	25 017	—	45 223	85 118
1916	20 398	13 850	—	4 563	80 535
1917	61 327	24 104	80 039	—	110 584
1918	204 468	53 006	145 993	—	256 577
1919	596 147	244 037	345 426	—	602 003
1920	369 063	326 156	42 907	—	644 910
1921	308 815	271 754	37 061	—	681 971
1922	385 985	334 943	51 042	—	733 013
1923	199 190	409 950	—	210 719	522 294

Mußten wir nicht auch während des Krieges für den Bestand unseres Verbandes befürchten? Und doch ging er unter zielbewusster Leitung durch alle Stürme der Kriegszeit hindurch. Wir haben uns aber auch durch die Erfolge der Nachkriegszeit nicht täuschen lassen. Wir wußten aus jahrzehntelanger Erfahrung, daß der ungeheuerliche Massenstrom insbesondere im Jahre 1919 keine gesunde Entwicklung sei. Wir waren uns klar darüber, daß die durch die momentanen Erfolge des Verbandes gewonnenen Mitglieder zum Teil beim ersten Mißerfolg wieder ausreißten. Wir wissen ferner, daß alle diese unklaren, ungeduldigen Heißsporne, die nur ihrem leidenschaftlichen Impuls folgen, als Führer und Geführte nunmehr im kommunistischen Lager Station gemacht haben, dort, wo außer der Unbefähigkeit nichts beständig ist, wo Stimmungen genau so wechseln wie Parolen. Und weil wir das wissen, deshalb gehen wir frohen Mutes wie seit Jahrzehnten auf neue an die schwierige Arbeit: Aufbau, Ausbau. Es kann unseren Funktionären nicht schwer werden, mit alter Frische auf neuen Wegen vorwärts zu gehen, Antriebe zu sein für Agitation und Organisation.

Das Beispiel wirkt suggestiv. Selbstvertrauen und Vertrauen zur Sache, unbarmherzige Offenheit über die Aussichten der Arbeiterschaft in der Zukunft, über die Erfolgsmöglichkeiten der Organisation werden die besten noch unorganisierten oder verirrten Arbeiter zu uns bringen.

Ohne Bedenken stellen wir fest: Viel Unfertiges, Ungesundes wurde im Berichtsjahr aus dem Verbands ausgeschieden. Langsam wird der Aufstieg der Mitgliederzahl wieder vor sich gehen. Aus dieser normalen Entwicklung entsteht die gesunde kräftige Organisation, zusammengesetzt aus einer Mitgliedschaft, die nicht Stimmung, sondern Überzeugung und Überlegung zum Verbands gebracht hat. So gehend, ihr alten Pioniere des Verbandes, erneuert an die Arbeit!

Der Internationale Gewerkschaftskongress

tagte vom 2. bis 7. Juni in Wien. Als Vertreter unseres Verbandes war der Kollege Brey delegiert. Es ist nicht möglich, einen detaillierten Bericht zu geben, um so weniger, als dieser sich auch erstrecken müßte auf eingehende und wichtige Debatten der verschiedenen Kommissionen. Wir beschränken uns darauf, nachstehend die wichtigsten Kongressbeschlüsse zum Abdruck zu bringen:

Der Internationale Kampf um den Achttundentag. Der vom 2.—7. Juni 1924 in Wien tagende Internationale Gewerkschaftskongress billigt den vom Genossen Mertens dem Kongress vorgelegten Bericht zum Punkt 10 der Tagesordnung „Der Kampf um den Achttundentag“ und erklärt sich mit der vom Bureau des IGB, am 11. Januar 1924 angenommenen Resolution einverstanden.

Der Kongress betrachtet diese Resolution als ein Programm, auf dessen Durchführung hingewirkt werden muß. Den dringenden Notwendigkeiten der Gegenwart sowie den Möglichkeiten des Angebots Rechnung tragend, erklärt der Kongress, daß der unangefochtene Kampf für den Achttundentag und die 48-Stunden-Woche unter den Aktionen des IGB an erster Stelle stehen muß. Er beschließt:

1. Es ist eine allgemeine internationale Kampagne vorzubereiten mit folgendem Programm:
 - a) Aufrechterhaltung des Achttundentages,
 - b) Wiedereroberung der verloren gegangenen Errungenschaften,
 - c) Eroberung des Achttundentages in allen jenen Ländern, wo er noch nicht eingeführt ist,
 - d) Ratifizierung der Washingtoner Konvention,
 - e) Endgültige Regelung der Reparationsfrage.

2. Das Bureau und der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes werden beauftragt, diese Kampagne vorzubereiten und zu organisieren, und sollen sich mit den verschiedenen angeschlossenen Organisationen über diesen Gegenstand in Einvernehmen setzen, um in der weitestgehenden Weise allen Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Aktion in jedem einzelnen Lande Rechnung zu tragen.

3. Bezüglich der Eroberung des Achttundentages in jenen Ländern, wo diese Forderung noch nicht durchgesetzt ist, soll auf die Landeszentralen Frankreichs und Großbritanniens eingewirkt werden, damit diese ihren ganzen Einfluß ausüben, um auch den Arbeitern jener Länder, die unter dem Protektorat der oben

erwähnten Staaten stehen, die gesetzlich festgesetzten Vorteile zu sichern.

4. Betreffend die Aufrechterhaltung der Eroberung des Achtfundentages obliegt den Landeszentralen und den ihnen angeschlossenen Organisationen die Pflicht, bei Schließung von Kollektivkontrakten der Aufnahme aller Klauseln entgegenzuwirken, die das Prinzip dieser bedeutungsvollen Reform gefährden können.

5. Betreffend die Regelung des Reparationsproblems, von der der Wiederaufbau Europas und die Errichtung eines dauernden Friedens abhängen, beauftragt der Kongress das Bureau des IGB, alles zu unternehmen, was in seinen Kräften steht, um in dem endgültigen Vertrag die Aufnahme einer Klausel zu erwirken, die die Rechte und Erwerbsansprüche der deutschen Arbeiter schützt.

6. Das Bureau des IGB wird beauftragt, in Hinsicht auf eine gemeinsame Aktion und zugunsten folgender Bestrebungen die mit der Sozialistischen Internationale begonnenen Besprechungen fortzusetzen über:

- a) die Ratifizierung der Konvention von Washington,
- b) die Annahme eines Achtfundentages in allen Ländern, die sich bisher dieser Pflicht entzogen haben.

Der Kongress ist der Meinung, daß ein Gelingen dieser Bemühungen in einer mehr oder weniger nahen Zukunft nur durch das einmütige Vorgehen aller Arbeiter zu erwarten ist, und richtet einen dringenden Appell an die Arbeiter der ganzen Welt, sich der internationalen Gewerkschaftsbewegung anzuschließen, die ihnen die praktische und vollkommene Verwirklichung des Achtfundentages und der 48-Stunden-Woche sichern wird.

Gegen die Reaktion.

Der dritte Ordentliche Internationale Gewerkschaftskongress billigt die bisherige Tätigkeit des Vorstandes in der Bekämpfung der internationalen Reaktion und erachtet den Vorstand, hierin mit verlässlichem Nachdruck fortzuführen. Es müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel angewandt werden, damit die Ketten der Reaktion endgültig gebrochen und dem internationalen Proletariat die Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung sichergestellt wird.

Der Kongress spricht den Opfern der Reaktion seine Sympathie und unerschütterliche Solidarität der international organisierten Arbeiterklasse aus. Insbesondere sendet er dem italienischen Proletariat, dessen gewerkschaftliche Betätigung zur Sicherung angemessener Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die faschistische Reaktion unterbunden ist und das unter dem Druck der Gewalt herrschaftlich leidet, die brüderlichen Grüße der gesamten internationalen Arbeiterklasse. Die Delegierten ermächtigen den Vorstand, in allen notwendigen Fällen den italienischen Klassenangehörigen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Hilfe zu kommen und das Vordringen des Faschismus in den übrigen Ländern mit aller Kraft zu verhindern.

Der Faschismus ist eine Waffe des internationalen Kapitalismus, er kann deshalb auch nur durch die geschlossene Abwehr der vereinigten Arbeiter aller Länder überwunden werden.

Gegen Militarismus und Krieg.

Der vom 2.-7. Juni in Wien tagende Internationale Gewerkschaftskongress bekräftigt die früheren Resolutionen gegen Krieg und Militarismus und erneuert die national und international organisierte Arbeiterklasse zu ihrer Pflicht, sich dem Krieg entschieden zu widersetzen: durch Stilllegung der Waffen- und Munitionsindustrie sowie des Transports von Kriegsmaterial, den wirtschaftlichen Boykott und den internationalen Generalstreik.

Der Kongress erklärt, daß es Pflicht der Gewerkschaftsorganisationen aller Länder ist, durch eine unangesehene Propaganda für die Bekämpfung des Völkerverhaßes zu arbeiten und auf eine neue Organisation der Völkerverhältnisse hinzuwirken, die sich auf gegenseitige internationale Hilfe, auf Beseitigung des internationalen Rechts und des obligatorischen Schiedsgerichts gründet.

In der Erkenntnis, daß das allgemeine Wohl der Völker nur gesichert werden kann durch eine allgemeine Abrüstung, erklärt der Kongress es dringend notwendig:

- 1. Durchführung einer Konferenz für die Waffen- und Munitionsindustrie sowie den Handel mit Kriegsmaterial,
- 2. Einberufung einer internationalen Konferenz zwecks Unterbindung der privaten Herstellung von Kriegsmaterial und Abschaffung eines allgemeinen Verbots der Fabrikation und des Handels für alle Arten von Kriegsmaterial.

Der Kongress beauftragt das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, seine auf die Erziehung der Massen, namentlich der arbeitenden Jugend und der Frauen, auf die Stärkung der für den Frieden arbeitenden Kräfte der Welt gerichteten Bestrebungen fortzusetzen.

Gewerkschaften und politische Parteien.

1. Die Stellung des IGB in der internationalen Arbeiterbewegung ist abhängig davon, die grundsätzliche und tatsächliche Haltung der ihm angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen.

2. Generelles Ziel der Gewerkschaften ist die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage der Arbeiterklasse durch organisierte Schlichtung. Staatliche soziale Reformen und Gesetze zum Schutze der Arbeiter sind geeignet, die Tätigkeit der Gewerkschaften wirksam zu ergänzen, ihre Erfolge zu festigen und ihren Kampf zur Beseitigung der Kapitalverwertung und des Kapitalismus zu erleichtern.

3. Neben dem Kampf für die Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage sind für die Demokratisierung ihres Wirtschaftslebens in der Wirtschaft Kampfen die Arbeiter sich auch die politische Freiheit und ihren unbeschränkten Einfluß im Staatsleben erkämpfen. Die Führung dieses politischen Kampfes ist Aufgabe der politischen Arbeiterparteien.

4. Die Gewerkschaften, es die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter, müssen jedoch, soweit es die Erfüllung der Aufgaben in ihrem Tätigkeitsbereich erfordert, auch auf die Politik der Staaten einwirken, wie es die Arbeiterbewegungen ebenfalls tun. Sie treten damit aber nicht in den Dienst einer politischen Partei und können ihre Tätigkeit nicht von einer politischen Partei abhängig machen. Die Gewerkschaften müssen unabhängig sein. Von allen politischen Parteien haben bisher allein die selbständigen Arbeiterparteien, die für politische Demokratie und zum Sozialismus hinführen, die Forderungen der Gewerkschaften mit Entschiedenheit in den Parlamenten vertreten. Deshalb sollen die sozialdemokratischen Parteien den Gewerkschaften einwilligend sein.

5. Die kommunistischen Parteien erheben die Herrschaft über die Gewerkschaften. Sie wollen auch den Willen der kommunistischen Internationalen die Leitung der Gewerkschaften an sich ziehen, um die organisierten Arbeitermassen für ihre Parteiziele zu gewinnen. Ein gewerkschaftlicher Kampf der Arbeiterklasse können sie als die vornehmste der Gewerkschaftsbewegung und können in ihrer Bekämpfung der Gewerkschaften vor keinem Mittel zurückbleiben. Die in zahlreichen Ländern eingetragene Zerstückelung der Arbeiterbewegung und die hieraus resultierende Erschöpfung der wirtschaftlichen und politischen Reaktion ist hauptsächlich ihr Werk. Die kommunistischen Internationalen hat die Rolle der Gewerkschaften international zu dem Zweck erkannt, den IGB zu schwächen und zu vernichten.

6. Die Gewerkschaften in allen Ländern sind gezwungen, Abwehrmaßnahmen hiergegen zu ergreifen. Sie müssen sich dagegen zur Wehr setzen, daß durch die Methode der kommunistischen Parteien und durch die Spaltungstendenzen der kommunistischen oder kommunistischen Parteien die gewerkschaftlichen Organisationen

zerstört werden und damit die Arbeiterklasse ihrer besten Waffen gegen die Reaktion und gegen den Kapitalismus beraubt wird.

7. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat die Aufgabe, neben der allgemeinen Förderung der Gewerkschaftsbewegung die Gewerkschaften der einzelnen Länder in der Befolgung der vorstehenden Grundsätze zu unterstützen. Er soll den Geist der Gemeinsamkeit der Interessen wecken und wachhalten und für die Durchführung einheitlicher Leitgedanken in der allgemeinen Gewerkschaftspolitik tätig sein. Seine besondere Pflicht ist es, dauernd für eine Einigung der Arbeiterklasse der ganzen Welt zu wirken.

Amsterdam und Moskau.

Nach Kenntnisnahme des Berichtes über die Unterhandlungen zwischen dem Bureau und dem all-russischen Gewerkschaftsrat spricht der Kongress sein Bedauern darüber aus, daß die russischen Gewerkschaften infolge ihrer Weigerung, die von den autorisierten



Jeder

überzeugte und einsichtige Verbandskollege ist stets befreit, den Einfluß des Verbandes zu stärken. Stets und überall ist er bemüht,

Unorganisierte

aufzuklären, zu überzeugen und sie dem Verbands als Mitglied zuzuführen. Wer dagegen nichts Besseres zu tun weiß, als fortgesetzt auf den Verband zu schimpfen, der

Schädigt

nicht nur die Organisation, er schädigt die gesamte Arbeiterschaft, sich und seine Familie. Ein solches Verhalten liegt im Interesse der Arbeiter,

die

sich freuen, wenn sie lauter unorganisierte Arbeiter vor sich haben. Daraus ziehen sie Gewinn. Nichts aber fürchten sie so sehr wie die geschlossene Einheit und Einigkeit der

Arbeiterschaft.



Vertretern der bedeutendsten Gewerkschaften der ganzen Welt anerkannten Statuten und Verfassungsbestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes anzuerkennen, noch immer den IGB fernbleiben.

Der Kongress empfiehlt dem Bureau, insoweit es möglich sein wird, ohne die Würde des IGB zu verletzen, seine Bemühungen fortzusetzen, um die Einmischung der russischen Gewerkschaften auf Grund der Statuten und Bestimmungen des IGB in die internationale Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen.

In den Vorstand des IGB werden 3 Vertreter der Berufssekretariate und 3 Stellvertreter gewählt. Als Stellvertreter ist auch der Kollege Drey bestimmt.

Der ordentliche Kongress soll zukünftig alle drei Jahr stattfinden. Der nächste Kongress wird in Paris liegen. Außerdem soll eine andere Gruppierung der Länder von dem Vorstand vorgenommen werden. Die Abstimmungsverfahren für den Kongress wird so abgeändert, daß die Stimmen der Länder mehr Gewicht erhalten.

Krieg dem Krieger!

Der Zeitpunkt ist nicht fern, an dem die Menschheit zum zehnten Male mit Entsetzen auf jenen unheilvollen Augusttag zurücksehen wird, an dem der erste Kanonendonner den granatenschnellen Massenmord des Weltkrieges ankündigte.

Vier Jahre lang hing ein dunkles Unheilsgewölke über der mit Blut und Tränen gedüngten Erde. Vier Jahre lang sprangen die Völker in sinnlosem Rasen einander an die Kehle wie wilde Tiere. Tausende von jungen Menschen, die Blüte ihres Volkes, von den Schlagworten einer vom Machtwahnsinn erfassten Kapitalistenclique umhüllt, mußten ihr Leben für die Lüge opfern, daß sie für die Demokratie und die endgültige Befreiung der Menschheit von der Kriegsgeißel in den Kampf zögen.

Dann kam der Friede, der kein Friede ist, der mit schneidender Ironie alle Illusionen zunichte machte, die so viele wohlmeinende Optimisten in der ganzen Welt gehegt hatten und fast verwirklicht glaubten. Und schon riefen die Staaten aufs neue zum Kampf.

„Vater!“

Am die Winternacht, „Vater! Vater!“ rief
in dem Glanz der Sterne, eine Kinderstimme
als ich heimwärts ging, tief aus Traum und Schlaf
zur späten Ruh, und verklang.

da Klang ein Ruf, Und in fernem Land
den ich nie vergesse, und zur gleichen Stunde
da vernahm ich dich, kuckend, tausend Väter
haupte Klage, da, lagen fern im Sand.

Joseph Czajkowski.

Witterweide sucht die Wissenschaft in den Laboratorien nach neuen, noch viel schrecklicheren und verheerenderen Lösungs- und Vernichtungsmitteln. Alle Welt weiß, daß ein neuer Krieg ein Schrecken und Grausamkeit alle vorangegangenen Massenmordtaten übersteigen würde. Ein neuer Krieg würde einen Kampf herausbeschwören, der mit jedem Windhauch Tod und Verderben mit sich führt, einen Kampf mit Giftgasen und Bakterien, der keinen Raum läßt für persönliches Heldentum und in dem die Menschen wie Ingeziefer angetroffen würden.

Die Zeit heißt viele Wunden. Gefühle der Bitterkeit, der Rache und des Hasses können im Laufe der Jahre verblasen und verfliegen. Ein Haß jedoch, wie in den Herzen der Menschen unverwundbar weiter leben: ein Haß, den man verbrecherische Gleichgültigkeit vergessen kann. Das ist der heutige Haß gegen den Krieg! Eine Macht in der Welt gibt es, die Sorge dafür ist, daß dieser Haß nicht verschwindet. Als die Menschheit an-

gesichts der vom Krieg zertrümmerten Welt von Verzweiflung überwältigt wurde, da war es die Arbeiterklasse, die als die erste die Fahne der Internationale wieder emporhob. Es war die internationale organisierte Arbeiterklasse, das internationale Proletariat, das den ersten Ruf erschallen ließ: „Nieder mit dem Krieg!“ Dieses international vereinigte Proletariat ist die Macht, die den Krieg vernichten wird. Wenn diese Friedensarmee will — und sie muß wollen —, dann wird ihr Massenaufmarsch gleich einer drohenden Warnung allen jenen in die Ohren tönen, die sich in kalter Berechnung und schamloser Habgucht aufs neue anschicken, die Menschheit für Jahre und Jahrzehnte hinaus in Elend und Trauer zu stürzen.

Arbeiter! Kameraden aller Länder! Am dritten Sonntag im September dieses Jahres organisiert der Internationale Gewerkschaftsbund in allen angeschlossenen Ländern einen Anti-Kriegs-Tag. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale, die Genossenschafts-Internationale und die Sozialistische Jugend-Internationale werden diese Veranstaltung unterstützen.

Dieser Tag muß eine Heerschau werden für die internationale Friedensarmee! Mehr noch: er muß ein Warnungssignal für alle jene Mächte werden, die glauben, daß sie den unbegrenzten Friedenswillen der Völker angegriffen verhöhnen dürfen.

Kameraden! Demonstriert in Massen von Tausenden an unserem internationalen Anti-Kriegs-Tag!

Krieg dem Krieger! Es lebe der Weltfrieden!

Internationaler Gewerkschaftsbund:

- Léon Jouhaux, Th. Leplat, E. Merkenz, Vizepräsidenten,
- Jan Dubček, Joh. Sassenbach, John W. Brown, Sekretäre.

Aus der Industrie

Papier-Industrie

Warnung vor Arbeitsannahme in Ungarn. Ein deutscher Kollege schreibt aus einem Orte bei Budapest:

Ich fühle mich verpflichtet, die Verbandsleitung zu bitten, in ihrem Verbandsorgan alle Kollegen zu warnen, sich als Papiermacher nach Ungarn zu verpflichten, da die Bezahlung der Facharbeiter unter aller Würde ist. Sobald die deutschen Papiermacher die hiesigen Arbeiter angelehrt haben, fliegen sie aus dem Betriebe und sind arbeits- und mittellos. Es ist nicht so leicht wie in Deutschland, daß man sich dagegen sichern oder sein Recht suchen kann.

Industrie der Steine und Erden

Kalkherzeugung und -verbrauch Deutschlands.

Die jetzt bekanntgegebenen Ergebnisse der Statistik über Produktion und Absatz von Kalk im letzten Jahre zeigen zweierlei: einmal den katastrophalen Einfluß der Ruhrbesetzung auf die Gewinnung von Kalk, zum anderen die Verschiebung im Kalkverbrauch. Gerade die Hauptabnehmer der Kalkproduktion, Baugewerbe, Eisen- und Stahlindustrie sowie Landwirtschaft, haben ihren Kalkverbrauch im Jahre 1923 eingeschränkt. Von dem Minderabstoß an gebranntem Kalk, dem Hauptprodukt der Kalkindustrie, von im ganzen 2,02 Millionen Tonnen gegenüber 1922 freffen auf die genannten Gruppen allein 1,6 Millionen Tonnen (80,5 Proz.). Verhältnismäßig am stärksten ist unter diesen Gruppen der Rückgang des Kalkverbrauchs der Eisen- und Stahlindustrie mit einer Minderabnahme an gebranntem Kalk um 38 Proz., Sinterdolomit um 59 Proz. und Kalkmergel um 52 Proz. Im Baugewerbe hat eine Minderung des Verbrauchs gegenüber 1922 an gebranntem Kalk um 42 Proz., in der Landwirtschaft um rund 48 Proz. stattgefunden. Auch an Kalkmergel und gemahlener Rohkalk ist von der Landwirtschaft im Jahre 1923 bedeutend weniger als 1922 bezogen worden, und zwar um rund 38 Proz. bzw. 39 Proz.

Aber die Einzelergebnisse der Kalkproduktion entnehmen wir der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ folgende Ausführungen: Während 1922 insgesamt rund 10,2 Millionen Tonnen Kalksteine gebrannt wurden, kam 1923 nur eine Gesamtmenge von 5,6 Millionen Tonnen Kalksteine zum Abbau. Von dieser Menge gelangten rund 1,4 Millionen Tonnen unmittelbar an die Verbraucher als Rohkalk; die übrigen 4,2 Millionen Tonnen wurden in den Kalkwerken verarbeitet und hieraus folgende Produkte (in 1000 Tonnen) hergestellt:

	1923	1922
Gebrannter Kalk	2331	4354
Davon Weißkalk in Stücken	1547	2800
Sonstiger Stückkalk	358	777
Gemahlener gebrannter Kalk	431	777

Außerdem wurde noch erzeugt:

	1923	1922
Sinterdolomit	65	161
Kalkmergel	445	689
Gemahlener Rohkalk	77	115

Der Absatz von Kalk hat sich bei den einzelnen Arten gegenüber 1922 wie folgt verringert:

Arten	Abgesetzte Mengen in 1000 Tn.	Minderungs gegen 1922
Gebrannter Kalk	2331	46,6
Sinterdolomit	65	61,6
Kalkmergel	432	36,6
Gemahlener Rohkalk	74	33,3
Rohkalksteine	1378	42,3

Die abgesetzten Mengen verblieben wieder fast reiflos dem Verbrauch im Inlande. Im einzelnen verteilte sich der Gesamtabsatz an Kalk im Jahre 1923 wie folgt:

Verbrauchsgruppen	Gebr. Kalk	Sinterdolomit	Kalkmergel	Gemahl. Rohkalk	Rohkalksteine
Baugewerbe	1078,9	—	—	—	247,9
Eisen- und Stahlwerke	418,7	63,1	—	—	857,6
Landwirtschaft	282,6	—	409,0	34,5	—
Kalksteinfabriken	159,3	—	—	—	0,6
Chemische Industrie	197,8	—	—	—	64,8
Zuckerfabriken	4,6	—	—	—	179,3
Kalksandsteinfabriken	105,3	—	—	—	5,0
Schwemmsteinfabriken	17,5	—	0,1	—	—
Sonstige Abnehmer	28,2	0,1	20,6	38,9	22,0
Ausfuhr	20,0	1,3	2,7	6,8	0,1
Zusammen	2312,7	64,5	432,4	74,2	1377,6

Der Rückgang des Verbrauches entfällt größtenteils auf die verarbeitenden Betriebe des besetzten Gebietes.

Verschiedene Industrien

Kot und Elend der Blumenarbeiterschaft.

Die Blumenindustrie im Bezirk Sebnitz-Neustadt darf sich rühmen, mit ihren Hungerlöhnen unter allen Industrien an der Spitze zu stehen. Wochenverdienst bei 48- bis 60stündiger Arbeitszeit im Akkord von 15 bis 18 Mk. sind nach Auffassung der Unternehmer das Gegebene. Für die enormen Löhne kommen Arbeiter mit zehn- bis 25jähriger Tätigkeit in der Branche und mit drei- bis siebenköpfigen Familien in Frage. Es gibt einige weiße Raben, die wir demnächst veröffentlichen werden, welche die Arbeiter einigermaßen entlohn. Bei der Festsetzung der Akkordpreise sind die meisten Herren souverän, die Hinzuziehung der Arbeitervertretung in den einzelnen Betrieben gibt es nicht. Tarifliche Abmachungen stehen nur auf dem Papier, die Stilllegungsverordnung setzt man eigenmächtig außer Kraft. Die wirtschaftlich Schwächsten wirft man auf die Straße. Den gesetzlichen Schutz der Betriebsräte hat man noch nicht erfährt. Bei Lohnverhandlungen legen die Herren keinen Funken soziales Verständnis an den Tag. Bei Erteilung von Rügen durch unsere Vertreter wegen Gesetzes- und Tarifverletzungen bezeichnet man dieselben als Lügner; trotzdem bringen es diese Humanisten fertig, sich tags darauf durch den Betriebsrat Deckung zu verschaffen. Die Öffentlichkeit hat aber auch Interesse daran, zu erfahren, wie die heutige Spruchpartei der Schlichtungsausschüsse aussieht. Bei der letzten Lohn-differenz fragte, nach den Berichten unserer Vertreter, der Oberregierungsrat Rensch, wann die Arbeitgeber zu einer Lohnerhöhung bereit seien? Nach einem gottsfämmerlichen Lamento konnte man aus der Antwort schließen, daß der Sankt Nimmerleinstag in Frage kommt. Die Unternehmervertreter leisteten sich einen Nikolowich nach dem anderen. Einmal erklärten sie die von ihnen geführten Lohnbücher, welche Hungerlöhne bewiesen, nicht für maßgebend, das anderemal verstieg sich einer zu der Behauptung, die Wochenverdienste betragen 55 bis 59 Mk., mindestens aber 30 bis 40 Mk. O ihr glücklichen Blumenarbeiter! Der Herr Oberregierungsrat war von der Notlage so ergriffen, daß er die Beschwerde abwies. Er konnte nicht einmal den in der Verhandlung gebotenen Pfennig durch Spruch festlegen. Die Herren Arbeitgeber jammern über wenig Arbeit in den Betrieben, wie ist das zu erklären? Alles Mögliche und Unmögliche wird als Heimarbeit vergeben. Die Entlohnung ist geradezu unglaublich. Frauen, aber auch Kinder vom zartesten Alter an sitzen Tag und Nacht bei erbärmlichen Licht- und schlechten Wohnungsverhältnissen und verdienen zusammen pro Woche kaum das Salz zur Suppe. Rechnet man den Gesamtlohn um, so stellt man fest, daß pro Kopf kaum 2 bis 3 Pf. erzielt werden. Unsere Vertreter mühen sich ab, diesen Skandal zu beseitigen. Die Gemüßbräucher sind von den Fabrikanten so eingeschüchtert, daß sie nicht wagen, die Firma und den Verdienst zu nennen. Das Elend der Blumenarbeiter übertrifft bei weitem die Verhältnisse im oberen Erzgebirge. Hier wäre eine bessere Unterstützung zur Beseitigung der Auswüchse durch die staatlichen Organe am Platze. Die Industrie ist zu zirka 75 Prozent auf Export aufgebaut, als Abnehmer kommen hauptsächlich Amerika, Frankreich und England in Betracht. Wir halten die Zeit für gekommen, wo wir auf Grund unserer internationalen Beziehungen zu unseren Arbeitsbrüdern und -schwestern der fraglichen Länder in Wort und Schrift sprechen müssen. Der Aufwand für Genußsucht und Bequemlichkeit der Blumenfabrikanten steht mit den gezahlten Hungerlöhnen in krassem Widerspruch. Ihr Blumenarbeiter und -arbeiterinnen seid es euren Kindern schuldig, mit allen Mitteln die Genußsucht der Überfatten zu dämmen. Ihr dürft nicht dulden, daß durch den Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht seitens der Unternehmer der ganze Wirtschaftsbezirk dem Ruin entgegengeht. Seid klassenbewußt und stellt euch reflexlos hinter eure Berufsorganisation! Ein alter Blumenarbeiter.

Arbeiterschutz.

Die Arbeitszeitsfrage.

Kann der Arbeitgeber eine längere Arbeitszeit als 8 Stunden täglich anordnen?

Eine Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden täglich ist nach der Arbeitszeitverordnung nur auf dem tariflichen oder behördlichen Wege möglich. Hier von sind einige Fälle ausgenommen, wo die Arbeitgeber einseitig eine längere Arbeitszeit anordnen können. Es betrifft dies einmal vorübergehende Arbeiten, die in Notfällen unverzüglich vorgenommen werden müssen. Zum andern kann an 30 Tagen im Jahre und bei Arbeiten zur Bewachung, Reinigung und

Instandhaltung der Betriebsanlagen der Arbeitgeber nach Anhörung der Betriebsvertretung eine Arbeitszeit bis zu 10 Stunden täglich anordnen. Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und der Belegschaft bzw. Betriebsvertretung über eine längere Arbeitszeit als acht Stunden täglich sind nach den Ausführungsbestimmungen zur Arbeitszeitverordnung nicht als tarifliche Regelung anzusehen. Obwohl die Entscheidungen der Behörden dies bereits öfter zum Ausdruck gebracht haben, wird von den Arbeitgebern immer wieder versucht, die Arbeitnehmer zu einer längeren Arbeitszeit zu zwingen. Aus irgendeinem Grunde werden die Betriebe auf kurze Zeit stillgelegt. Bei der Wiederaufnahme der Arbeit wird dann die unterschriftliche Erklärung von den

Was

die Nachwelt vom heutigen Proletariat redet, darf uns ebensowenig gleichgültig sein wie die Achtung unserer Klassengenossen von heute. Unsere Nachkommen

werden

über unsere Taten strenger urteilen als manche unserer Zeitgenossen. Jeder Arbeiter, jeder Familienvater muß heute schon die Frage prüfen: Was werden

deine

eigenen Kinder von dir hatten, wenn sie wissen, daß du der organisierten Arbeiterschaft gleichgültig oder gar feindlich gegenübergestanden hast? Diese Frage muß jeden Arbeiter veranlassen, sich so zu verhalten, daß seine

Kinder

später stolz darauf sind, daß ihr Vater in den Reihen der organisierten Arbeiter seine Pflicht getan hat. Ist es nicht ein erhabenes Gefühl, zu wissen, daß die Kinder von ihrem Vater nur Gutes

sagen?

Arbeitern verlangt, daß sie bereit sind, länger als acht Stunden täglich zu arbeiten. Durch solche Maßnahmen glaubt man die tarifliche Regelung umgehen zu können. Die so erpreßten Unterschriften werden dem Gewerbeaufsichtsbeamten als Beweis vorgelegt, daß die Arbeiterschaft gewillt ist, länger zu arbeiten. In verschiedenen Fällen ist dies Mandat erglückt, und die Gewerbeaufsichtsbeamten haben die Genehmigung zur Längerarbeit erteilt. Die unter dem 17. April 1924 erschienenen Ausführungsbestimmungen zur Arbeitszeitverordnung schreiben vor, daß die tarifliche Regelung der behördlichen vorgeht. Die behördliche Genehmigung zur Längerarbeit soll im allgemeinen nur erfolgen, wenn zuvor alle Möglichkeiten versucht worden sind, um zu einer tariflichen Regelung zu gelangen. Die Schlichtungsordnung vom 30. 10. 1923 ist dabei zu beachten, und die darin vorgeschriebenen Wege sind erst einzuschlagen, ehe die behördliche Genehmigung erfolgen kann.

Eine deutliche Antwort auf das Vorgehen der Arbeitgeber bei der Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit hat das Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe einem Arbeitgeber vor einiger Zeit erteilt. Das Ziegelwerk Erzingen (Baden) hatte Ende März den Betrieb aufgenommen. Bei der Einstellung der Arbeiter mußten sich diese unterschriftlich verpflichten, die neunstündige und im Bedarfsfall die zehnstündige Arbeitszeit zu leisten. Der Revers enthielt ferner die Bestimmung, daß die Entlohnung nach Leistung erfolge und dergleichen mehr. Die bei der Einstellung unter dem Druck der Verhältnisse erteilten Unterschriften für die Verlängerung der Arbeitszeit wurden dann von der Betriebsleitung dem Gewerbeaufsichtsamt unterbreitet, um damit die Zustimmung des Gewerbeaufsichtsamtes für die Verlängerung der Arbeitszeit gemäß § 6 der Arbeitszeitverordnung zu erlangen. Das Gewerbeaufsichtsamt erteilte hierauf folgende Antwort:

Badisches Gewerbeaufsichtsamt. R. 9. 4. IV. Bezirk. Karlsruhe, den 9. April 1924. Arbeitszeit betreffend.

An die Firma Erzingen, Ziegelwerke G. m. b. H. Erzingen.

Wir geben Ihnen die Vereinbarung über die Arbeitszeit zurück. Bezüglich der gesetzlichen Anerkennung der Arbeitszeit müssen wir Ihnen jedoch mitteilen, daß die Vereinbarung mit der unterschriftlichen Zustimmung der Arbeiterschaft nicht als eine tarifliche Regelung gemäß § 5 der Arbeits-

zeitverordnung vom 21. 12. 1923 anzuerkennen ist, die ohne weiteres zulässig ist. Als tarifliche Regelung ist nur eine Vereinbarung der Firma, des Arbeitgeberverbandes mit der wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitnehmer, den Gewerkschaftsorganisationen, anzusehen. Wir müssen Sie demnach zunächst auf diesen Weg verweisen, wegen einer Verlängerung der Arbeitszeit zu einer Vereinbarung zu kommen und bis zum Abschluß einer solchen tariflichen Regelung die Aufrechterhaltung des gesetzlichen Achtstundentages bzw. 48-Stunden-Arbeitswoche verlangen, da die Voraussetzungen für die Genehmigung einer Längerarbeit, abgesehen davon, daß dieselbe nur kurzfristig gegeben werden könnte, durch die Begründung des vorliegenden Schreibens vom 25. 3. und 31. 3. 1924 nicht gegeben sind. Die Bewilligung der Mehrarbeit über 48 Stunden wird demnach abgelehnt. Die 48stündige Arbeitswoche ist alsbald bei Strafvermeidung wieder einzuführen.

Unterschrift.

Nachdem die Ausführungsbestimmungen zur Arbeitszeitverordnung erschienen sind, ist zu erwarten, daß alle Gewerbeaufsichtsbeamten die Arbeitgeber zuerst auf die tarifliche Regelung verweisen und auf Anträge eine ähnliche Antwort erteilen wie das Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe. Trotz des Schreibens des Gewerbeaufsichtsamtes hat die Betriebsleitung vor einiger Zeit versucht, von dem Betriebsrat die Zustimmung zu einer längeren Arbeitszeit zu erhalten. Der Betriebsrat hat das Ansuchen abgelehnt. Für die Betriebsvertretungen erwächst die Aufgabe, die Arbeitgeber bei ihren Forderungen auf Verlängerung der Arbeitszeit auf den tariflichen Weg und damit an die Gewerkschaften zu verweisen. D. A.

Internationale Arbeitbewegung.

Aus der dänischen Gewerkschaftsbewegung.

Am 16. und 17. Mai hielt der Ausschuß des dänischen Gewerkschaftsbundes in Kopenhagen seine ordentliche Sitzung ab. Aus dem vorgelegten Bericht für das Jahr 1923 ging hervor, daß dem Gewerkschaftsbund am 31. Dezember 1923 50 Verbände mit 2184 Verwaltungsstellen und insgesamt 233 116 Mitgliedern (davon 88 050 Frauen) angeschlossen waren. Im Berichtsjahre war eine Mitgliederzunahme von 542 zu verzeichnen. Für Unterfertigung nachstehender deutscher Kinder wurden 57 659 Kr. aufgebracht. In die norwegischen Gewerkschaften sind bisher vom Gewerkschaftsbund 366 000 Kr. bezahlt worden. Dieser Betrag stellt jedoch nur einen geringen Teil der Summen dar, die Woche für Woche von den angeschlossenen Verbänden auf Grund der bestehenden Gegenseitigkeitsverträge direkt an die norwegischen Berufsverbände abgeführt werden. Der Achtstundentag ist vollständig aufrechterhalten worden. Die Unternehmer haben im Berichtsjahre von jedem Angriff auf den 8-Stundentag ab.

Es wurde beschlossen, sich dem neugegründeten Arbeiter-Bildungsverband anzuschließen. Der an diesen Verband zu leistende Beitrag beträgt 4 Ore pro Mitglied und Jahr. In bezug auf den vom IGB. veranstalteten Anti-Kriegstag wurde einstimmig beschlossen, diese Demonstration kräftig zu unterstützen und am 21. September in allen Städten Versammlungen abzuhalten.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der 14. Verbandstag der Glasarbeiter

lagte in der Woche vom 2. bis 7. Juni in Radeberg. Anwesend waren 170 Delegierte, die 56 000 Mitglieder vertreten. Da auch die Frage einer evtl. Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband mit zur Debatte stand, hatte der Hauptvorstand unseres Verbandes die Kollegen Sach und Zhiemig als Vertreter unserer Organisation zu der Tagung delegiert. Ein russischer Vertreter, der, wie bis jetzt üblich, jedenfalls den Auftrag hatte, die deutschen freien Gewerkschaften zu beschimpfen, wurde vom Verbandstag nicht zugelassen.

Den Geschäftsbericht erstattete der Verbandsvorsitzende Orbig, der mit der Opposition scharf Abrechnung hielt. Zur Schaffung eines Kampffonds sollen drei Extrabeiträge erhoben werden. Der Oppositionsführer Steffen ist aus dem Hauptvorstand ausgeschlossen worden. Mitglieder, die der Dapra (Deutsche Arbeitnehmerpartei) angehören, sollen aus dem Verbande ausgeschlossen werden, wenn sie nicht bis zum 1. September aus der Dapra ausgetreten sind.

Über Lohnbewegungen und Streiks referierte der zweite Vorsitzende Grünzel. Er begründete den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft, sprach sich für zentrale Tarifgemeinschaften aus und gegen die Einführung des gesetzlichen Schlichtungszwanges. Nachdem Grünzel die unbedingte Notwendigkeit der Lohnerhöhung für die Hilfsarbeiter dargelegt hatte, faßte er keine Ausführungen in einer Resolution zusammen, in der die feilberige Praxis des Verbandes aufgegeben wird und tarifliche Schlichtungsgerichte zu errichten sind. Der Oppositionsmann Steffen verteilte pflichtschuldig seine Mißtrauensresolution vor. Die Entscheidung des Hauptvorstandes wurde mit 101 gegen 53 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) angenommen, womit der Oppositionsantrag abgelehnt war.

Grünzel referierte hierauf über Berufs- oder Industrieverband. Schon auf früheren Tagungen der Glasarbeiter lagen Anträge aus den Jahrestellen vor, die eine Verschmelzung mit anderen Verbänden zum Ziele hatten. Auch der Fabrikarbeiterverband war in diesen Anträgen die für die Verschmelzung geeignete Organisation genannt. In Erinnerung dessen hat sich der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes kurz nach dem Leipziger Gewerkschaftskongress an den Vorstand des Glasarbeiterverbandes gewandt, um die Anschlußfrage zu prüfen. Der Vorstand des Glasarbeiterverbandes war in den letzten Monaten immer mehr zu der Übergang gekommen, daß ein solcher Anschluß zweckmäßig sei.

in Newyork untersucht. An der Zahl war eine Fall zu viel sein, 2200 Untersuchte hätten es schließlich auch getan, aber wir können uns einmal nichts gegen die Eraktheit amerikanischer Statistiken, die immer etwas ungemein Ironisierendes gehabt haben.

Belogter Arzt hat nun auf Grund zweifellos höchst exakter Untersuchungen an den 22 000 menschlichen Objekten die für die übrige Welt jedenfalls sehr erstaunliche und weite Kreise jäharr überreichende Entdeckung gemacht, daß die offenkundig und bei vielen Menschen so tief eingetragene Abneigung gegen die Arbeit nicht etwa böser Wille des Betreffenden, nicht etwa auf die menschliche Faulheit zurückzuführen ist, sondern daß es sich bei dieser Arbeitsfeindschaft um eine regelrechte „Krankheit“ handelt, die genau so, wie alle übrigen Krankheiten nur vom streng medizinischen Standpunkt aus beurteilt werden mußte.

Und für diese neue Krankheit, die seit Jahrtausenden die menschliche Gesellschaft heimgesucht hat, ohne daß wir uns bewußt gewissermaßen, daß es sich hier um eine wirkliche Krankheit handelt, hat der amerikanische Arzt den schönen Namen „Ergophobie“ erfinden. In der Tat einer schönen Name, dessen Wortklang förmlich zum Gemut spricht. Man bedenke nur: bisher jagte man mit dem ganzen von der Wissenschaft noch nicht erleuchteten Unverständnis, der und jener sei ein „fauler Kerl“, ein „Schmarotzer“ ein „Richtstuer“. Jetzt kann man so schön sagen: er ist ein „Ergophob“. Das macht den ausgedehnten Faulpelz und Lagedie Gewissermaßen gesellschaftsfähig.

Wie groß erst würde unsere Dankbarkeit gegen den großen Forscher sein, wenn er uns gleichzeitig mit seiner Entdeckung auch das Mittel zur Beseitigung der neuen Krankheit gegeben hätte. Aber wir wollen nicht unbedeutender sein als der große Mann selber. Freuen wir uns vorläufig der Erkenntnis, daß das Faulenzen kein Faulenzen ist, sondern eine Krankheit, und daß es keine Richtstuer mehr unter uns gibt, sondern nur noch „Ergophoben“.

Wir rufen euch zur Pflicht!

Pflicht! Etwas, das hart auf dem Proletariat lastet. Wohl weiß der Proletariat, daß seine Pflichten zu erfüllen sind, aber er weiß auch, daß Pflicht nicht immer Zwang und Druck und Härte zu sein braucht. Ja, er weiß daß Pflicht sogar Freude sein kann. Und wenn sich das Proletariat aus seiner Not heraus zu seinen großen gewerkschaftlichen Kampfbündnissen zusammenschließt, so ist das bei weitem nicht nur eine nützliche Spekulation auf materielle Vorteile, sondern letzten Endes zugleich der natürliche Ausfluß eines gesunden Trostes gegen dieses Schladentum, zu dem der Kapitalismus die Pflicht erniedrigt hat.

Der gewerkschaftliche Kampf bedeutet damit im höchsten Grade eine praktische Revolutionierung der elbischen Verhältnisse, in denen unsere Zeit erkrankt ist. Im fassen Philistertum erben sich Fesseln und Sitten wie eine ewige Krankheit fort. Das Proletariat bewegt sich in seinen Kampfbündnissen gegen diesen Wust des alten Moders. Es lehnt sich auf gegen die erstarrte Zivilisation mit ihren toten sittlichen Begriffen. Es erzwingt sich als sittlichen Gedanken seines Kampfes eine neue praktische, eine soziale Ethik.

Es ist nicht Pflicht, den ganzen Tag nur an Trost und Klebung zu denken; es ist nicht Pflicht, über die Tagesarbeit und die ewigen Sorgen den Frühling zu vergessen; es ist nicht Pflicht, die Kinder vegetieren zu lassen ohne jede erziehende Kultur und nur ab und zu einmal an Feiertagen zu fühlen, daß man eigentlich Mensch ist. Aber eine große Pflicht gibt es, nämlich die Pflicht, zu kämpfen gegen diesen Kapitalismus, der das ganze sittliche Leben einfach vergiftet hat. Gewiß gibt es Pflichten zu allen Zeiten, doch sittlich ist nur die Pflicht, die ein hoher Dienst ist am gemeinsamen Ganzen, die ein

Dienst ist an der „größten Macht der Liebe“, wie Goethe die höhere, soziale Pflicht so schön nannte.

Kultur der Familie.

Nach der neuesten Nummer der Medizinisch-statistischen Nachrichten entfallen von allen Verunglückten allein auf Kinder bis zu 15 Jahren rund 25%. Trotz der hohen Zahl der Unglücksfälle, die das kapitalistische Getriebe heute auf sich bringt, stellen die Kinder allein den vierten Teil aller Verunglückten dar! Welch ein dunkles Licht wirft diese Tatsache auf die proletarische Not herein! Und dennoch gibt es Menschen, die da erklären, Kultur sei möglich ohne eine Kulturumstellung der Wirtschaft. Je mehr das Proletariat sich durch den gewerkschaftlichen Kampf wirtschaftliche Rechte erzieht, um so größer ist die proletarische Kultur.

„Ergophobie“.

Im Berliner Tageblatt Nr. 132 vom 18. März 1924 schrieb „Panlas“:

Sie wissen natürlich nicht, was „Ergophobie“ ist? Das macht nichts. Wir wußten es bisher auch nicht. Es gibt eben Dinge, wo man sich seiner Unwissenheit nicht zu schämen braucht. Jetzt aber wissen wir's. Amerika, dem wir so vieles verdanken, verdanken wir auch diese Bereicherung unseres Wissens.

Der Erfinder des neuen Wortes, das alle Ansätze hat, sich in den weitesten Schichten der Bevölkerung bald einzubürgern, ist ein amerikanischer Arzt. Er hat, wie amerikanische Blätter berichten, 22 000 Besucher der öffentlichen Alpie (nach unserer Auffassung muß es heißen: 22 000 Besucher der Bäder und Sommerfrischen)

In einigen unverbändlichen Ausprägungen war auch Übereinstimmung zwischen den Vertretern der beiden Verbände erzielt worden.

Dem diesjährigen Verbandstag in Radeberg lagen 8 Anträge vor, die für die Bildung von Industrieverbänden eintraten. Ein Antrag verlangte Verschmelzung der keramischen Verbände und ein Antrag, Weißwasser, forderte den möglichst baldigen Anschluß an den Fabrikarbeiterverband.

Der Referent, Grünzel, schilderte die schon seit Jahren bestehenden Bestrebungen, die drei Keramarbeiterverbände unter einen Hut zu bringen. Nachdem der Lötperverband sich dem Baugewerksbund angeschlossen hat, sei die Gründung eines Industrieverbandes für diese drei keramischen Verbände nicht mehr gegeben. Verhandlungen mit dem Porzellanarbeiterverband seien bisher nicht von Erfolg gewesen. Er halte deshalb den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband als das Gegebene und Notwendige.

Die Opposition hatte sich im Roten Fachgenossen gegen den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband ausgesprochen.

Sie lehnt eine Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband so lange ab, bis dieser sich auf die Organisation in der chemischen Industrie beschränkt. Die Opposition fordert also, wie auch viele andere Gewerkschaftler, daß der Fabrikarbeiterverband sich erst einmal auf den Werkteil seiner Mitglieder zurückzieht. Sie glaubt jedenfalls, daß dann dieser so geschwächte Verband leistungsfähiger sei. Auf dem Verbandstag haben sie sich dazu nicht geäußert, obwohl die Frage von ungeheurer Wichtigkeit für die gesamte Gewerkschaftsbewegung, besonders aber für die Glasarbeiter ist. Infolge der in den ersten Tagen von der Opposition projizierten unglücklichen Geschäftsordnungsdebatten und persönlichen Auseinandersetzungen schloß nunmehr die erforderliche Zeit, um die Verschmelzungsfrage und die Schaffung von Industrieverbänden genügend besprechen zu können. Die Opposition verzichtete auf ihr Korreferat und wünschte die Aufnahme desselben im "Fachgenossen", so daß die Vorschläge nur beantwortet worden sind. Der Gewerkschaftler vertrat die Auffassung, daß ein Anschluß an den Baugewerksbund das Richtige sei.

In der Aussprache ist von unserem Vertreter Schiemig zum Ausdruck gebracht worden, daß die gegen den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband angeführten Bedenken auf jeden anderen Verband in gleicher Weise zuträfen. Die Berührungspunkte der Arbeiterchaft des Glasarbeiterverbandes und des Fabrikarbeiterverbandes bestehen einmal in der Parallele der Art der Beschäftigung als Hilfsarbeiter resp. Ungerlernte oder Ungerlernte, wie sie ja im Glasarbeiterverband überwiegen, und zum anderen in der Höhe der Entlohnung dieser Arbeitergruppe, deren Lebensniveau gehoben werden muß. Die Spanne zwischen dem Lohn der gelernteren Arbeiter in der Glasindustrie und dem Lohnsatz der Ungerlernten ist uns verständlich. Das Ziel muß aber sein: eine Hebung der gesamten Arbeiterchaft, nicht lediglich eine Besserstellung für einzelne Arbeiter.

Gegen drei Stimmen angenommen wurde eine Entschließung Grünzel in Verbindung mit Anträgen aus Neustadt und Weißwasser, wonach einer Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband zugestimmt wird. Mit den keramischen Verbänden sollen ernannte Anschließungsverhandlungen geschlossen werden. Weil nun der Lötperverband mit dem Baugewerksbund verschmolzen ist, schloß folgerichtig der Lötperverband des Baugewerksbundes, daß auch mit diesem Verbanden gehandelt werden sollen.

Die bisherigen Verbandsvorsitzenden Sirbig und Grünzel wurden wiedergewählt, die übrigen Vorstandsmitglieder und Gewerkschaftler entsprechend den Vorschlägen der Mehrheit.

Was die Gewerkschafts-Lehrstühle sagen.

Die Frage, ob bei einem Streik, der sich über einen ganzen Industriezweig mit sehr viel Einzelunternehmern erstreckt, die Arbeit dort, wo die Forderungen bewilligt werden, aufgenommen werden soll oder ob der Streik allgemein weitergeführt wird, bis alle Unternehmer bewilligen, läßt sich nicht generell entscheiden. In einem Fall liegen die Verhältnisse so, daß es für die Arbeiter nützlich ist, wenn sie bei den Unternehmern, die die Forderungen bewilligen, die Arbeit anzufangen. Ein anderes Mal liegen die Umstände so, daß nur durch eine allgemeine Durchsetzung und Beendigung des Kampfes den Interessen der Arbeiter gedient ist. Es kommt also nur darauf an, in jedem konkreten Fall vor einer Entscheidung die in Betracht kommenden Umstände sorgfältig zu prüfen. In dieser Beziehung wird noch viel geleistet. Besonders die Kommunisten, die bei Lohnbewegungen eine führende Rolle spielen, müssen sich darüber klar sein, daß die revolutionäre Strategie sich nicht einfach darin erschöpft, daß man stets das Gegenteil von dem tut, was ein reformistischer Gewerkschaftler, Nr. 6, vom Juni 1924)

Simowjens Brief.

Wo die Kommunisten eigene Gewerkschaften gegründet haben, wo sie außerdem selbständige Lohnbewegungen zu führen versuchen, haben sie — wie in Ludwigshafen — eine geradezu jämerliche Bilanz auf den Tag gelegt. Deshalb schrieb der kommunistische Papst Simowjen aus Moskau an den im April 1924 in Frankfurt a. Main abgehaltenen kommunistischen Parteitag einen Brief folgenden Inhalts:

Am Tage nach der Bildung dieser parasitären Gewerkschaften durch euch (also durch die deutschen Kommunisten) werden die Massen an euch sofort die Forderung stellen, erfolgreiche wirtschaftliche Kämpfe zu führen. Bei der jetzigen Lage der deutschen Industrie, mit der konterrevolutionären deutschen Sozialdemokratie und dem DGB im Rücken, in dem auf jeden Fall nicht weniger als zwei Drittel der Arbeiter verschleht werden, könnt ihr keine wirtschaftlichen Streiks führen. Jedem versteht sich den Führern der Sozialdemokratie ein weiteres Mittel: sie können unsere Parasitengewerkschaften als nicht legal erklären und dadurch der Bewegung neue Hindernisse in den Weg legen. Sobald sich über die Massen Übergang heben werden, daß unsere Gewerkschaften (die kommunistischen Gewerkschaften) wirtschaftliche Streiks nicht mehr durchführen können, werden sie entschlossen sein und unsere Parasitengewerkschaften den Rücken kehren. Es wird eine Zerstückelung unserer Kräfte einsehen, damit den verärrteten Führern des DGB, nur ihre Aufgabe erleichtert wird.

Simowjen sagt also den deutschen Kommunisten, ihr dürft jetzt keine eigenen Gewerkschaften gründen, weil bei der gegenwärtigen Lage der deutschen Industrie wirtschaftliche Streiks nicht geführt werden können. Mit eigenen kommunistischen Gewerkschaften würden nach Simowjen die Kommunisten nur bewirken, daß sie nur das Maul aufreißten, den Arbeitern aber auch nicht helfen können. Simowjen sieht alle die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, er weinte aber, um des kommunistischen Parteitag willen ist es notwendig, die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die wegen der gegen-

wärtigen Lage der Industrie nicht das erreichen können, wonach die Kommunisten schreien, zu beschimpfen, zu verächtlichen und die Arbeiter gegen sie aufzuheizen. Wörtlich sagt das Simowjen in seinem Briefe so:

Die Betriebsräte müssen die Gewerkschaften für die fortschreitende Verelendung der Arbeiterschaft anklagen und verantwortlich machen.

Da kann man nur sagen: Allerhand Achtung vor einer solchen Taktik und insbesondere vor einem Manne, der solche Ratsschläge erteilt.

Willst du

du, daß die Arbeiterschaft im Betriebe geachtet und respektiert wird, daß sie in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses ein Mitbestimmungsrecht hat, dann mußt

du

mit dafür sorgen, daß es in deiner Abteilung Unorganisierte nicht mehr gibt. Wer nicht organisiert ist, steht fortwährend im Verdacht, daß er bei einem von der Organisation eingeleiteten Angriffstreik zum

Streikbrecher

wird. Sage das jedem Unorganisierten in kameradschaftlicher Weise und mache ihn darauf aufmerksam, daß bei Aussperrungen auch die Unorganisierten auf die Strafe gesetzt werden! Ihnen fehlt dann jede materielle Unterstützung. Was soll dann aus ihren Familien

werden?

Berichte aus den Zahlstellen.

Hannover. Christliche Agitationsmethoden. Daß die Christlichen bei ihrer Agitation und bei der Bekämpfung des Fabrikarbeiterverbandes mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß stehen, zeigt folgende Begebenheit: Am 21. Mai erschien der Vertreter des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes, Speckl, auf der Ziegelei Hanners in Wülfler und erklärte u. a., daß der in dieser Ziegelei abgezogene Betrag von 50 Pf. pro Woche für Reinigung der Bekleidung und der Wohnräume zu hoch sei, und er verpöchte den Leuten, diese Angelegenheit energisch in die Hand nehmen zu wollen. Er erzählte den Leuten ferner, er habe es fertig gebracht, daß in den stadthannoverschen Ziegeleien die dort beschäftigten Kollegen nur 25 Pf. pro Woche zu zahlen hätten. Auf Grund dieser prophetischen Versprechungen traten einige von den in dieser Ziegelei noch nicht organisierten Leuten diesem Vereinigen bei. In der Mehrzahl waren es aber Leute, die einem Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes Vornamen machten, daß er nicht radikal genug sei. Ernüchterung trat aber schon in den nächsten Tagen ein. Der Betriebsleiter der Hannerschen Ziegelei blieb die Behauptung des christlichen Vertreters nicht unbekannt, und er setzte sich darauf mit der stadthannoverschen Ziegelei in Verbindung, um festzustellen, was an dieser Behauptung Wahrheit sei. Zu seinem Erstaunen wurde ihm mitgeteilt, daß von einer Verhandlung mit einem christlichen Vertreter nichts bekannt sei. Der Beweis dafür, daß der christliche Vertreter den Leuten Märchen erzählt hat, liegt auch darin, daß die christliche Organisation den Schlichtungsanspruch angenommen hat zwecks Herabsetzung dieses Betrages bei den Ziegeleien Hanners, der stadthannoverschen Ziegelei und bei Wülfler, weil bei allen diesen Ziegeleien 50 Pf. pro Woche abgezogen wurden. Wenn die Behauptung richtig gewesen wäre, hätte er nicht nötig gehabt, den Schlichtungsanspruch anzunehmen. Auf Grund dieses Sachverhalts verlangten die Kollegen, daß der christliche Vertreter noch einmal zu ihnen herankäme, um Rede und Antwort zu stehen. Diesem berechtigten Verlangen hat der christliche Arbeitervertreter nicht entsprochen. Hoffentlich gehen anderen Kollegen in der Ziegeleiindustrie jetzt die Augen auf, und hoffentlich kommen sie zu der Überzeugung, daß als ihre richtige Vertretung nur der Fabrikarbeiterverband in Frage kommen kann.

Frauenfragen.

Gleicher Lohn für gleiche Leistung.

Ein von der schwedischen Regierung im Jahre 1921 eingeführter Anstoß, der Erhebungen über Gehälter und Pensionen weiblicher Staatsangestellter zu pflegen hatte, erstattete jüngst seinen Bericht. Der fast 300 Seiten umfängliche. Die Zeitschrift Industrial and Labour Information, die vom Internationalen Arbeitsamt herausgegeben wird, bringt eine Übersetzung des hauptsächlichsten Inhalts dieses Berichtes. Der Anstoß empfiehlt ein neues Lohnsystem und die Einführung des Soziallohnes. Einen gewissen Unterschied zwischen Männern und Frauen nehmen erachtet der Anstoß aus folgenden Gründen für angebracht:

- 1. Die Erwerbsfähigkeit ist bei weiblichen Angestellten um 40 Prozent geringer als bei männlichen Angestellten.
2. Die Frauen nehmen in bezug auf Alterspensionen eine Sonderstellung ein; ihr Qualifikationsalter ist im allgemeinen um drei Jahre geringer als bei den Männern, während ihre Lebensdauer länger ist.
3. Es bestehen Unterschiede in der Quantität der Leistung von Frauen und Männern.
4. Die Männer haben eine Militärdienstzeit abzuleisten. Auch kann der Staat die auf dem Arbeitsmarkt im allgemeinen geltenden Lohnverhältnisse nicht unberücksichtigt lassen. Bezüge der Frauen sollen nach den Ausschussvorschlügen in den niedrigsten Klassen 1 bis 6 um 14 Prozent geringer sein als die Bezüge der Männer; in den Klassen 7 bis 9 soll der Unterschied 12 Prozent betragen, in den Klassen 10 bis 12 10 Prozent, in den Klassen 13 und 14 8 Prozent.

In den höheren Dienstklassen (von Klasse 15 an aufwärts) sollen keine Unterschiede in der Entlohnung zwischen Männern und Frauen bestehen. In Stellen, wo das Vorzeichen von erwiesener verdienstlicher Leistung abhängt, sollen Frauen dieselben Bezüge wie Männer erhalten, abzüglich des Betrages, den letztere für Witwen- und Kinderrenten zu zahlen haben.

Der Säugling

ist von je das Fremden- und Sorgenkind jeder liebevollen Mutter gewesen; Fremde und Sorge um seine Entwicklung weichen ständig ab, und erst wenn das Kind langsam der Mutterbrust entwöhnt ist, atmet die Mutter ruhiger und sorgloser. Aber die hauptsächlichsten Richtlinien für die Säuglingspflege kann sich jede Mutter im 4. Bande des neuen Brochures wahren; sie findet dort auch ein lehrreiches Diagramm über die normale Entwicklung eines Säuglings hinsichtlich Gewichtszunahme und Wachstum. Die dem Artikel beigefügten Hinweise auf die besten Bücher über Säuglingspflege werden vielen Müttern recht willkommen sein.

Rundschau.

Die Unternehmerinternationale gegen den Achtfundentag.

Auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei führte der Vertreter der Sozialistischen Arbeiterinternationale und der belgischen Sozialdemokratie, Gen. de Broeckere ganz zutreffend aus: Auch die Frage des Achtfundentages ist eine internationale Frage. Eure Kapitalisten behaupten, daß ohne Abbau des Achtfundentages die Reparationen nicht geleistet werden könnten. Sei und sagen die Kapitalisten: Seht, in Deutschland wird der Achtfundentag bereits abgeschafft, und wenn wir die Konkurrenz mit Deutschland aufnehmen wollen, können wir auch den Achtfundentag nicht mehr tragen. So arbeiten die Kapitalisten in allen Ländern im gleichen Sinne, nur mit verschiedenen Vorwänden, wobei sie immer hinter dem Patriotismus ihre persönlichen Interessen verbergen.

Achtfundentag und Produktion.

Bis vor nicht langer Zeit hatte die amerikanische Stahlindustrie noch den 12-Stunden-Tag, der dann von dem 10-Stunden-Tag abgelöst wurde. Ihm folgte dann bald die achtfundentagige Arbeitszeit. Über ihren Erfolg berichtet jetzt eine amerikanische Fachzeitschrift bei Besprechung des Jahresberichtes des Stahlverbandes. Danach hat sich die achtfundentagige Arbeitszeit voll bewährt. Während die Gesamtzahl der Beschäftigten in der Zeit nur um 21 Prozent gestiegen ist, hat die Erzförderung eine Zunahme von 42,4 Prozent, die Kohlenförderung eine Zunahme von 42,3 Prozent, die Hochofenproduktion von 39,1 Prozent, die Rohstahlerzeugung von 26,4 Prozent und die Fertigstahlproduktion von 24,9 Prozent erfahren. Dabei handelt es sich in dieser Industrie um eingewanderte, besonders osteuropäische Arbeiter, die mit deutschen Arbeitern in ihrer Leistungsfähigkeit nicht zu vergleichen sind. Danach wird also auch in Deutschland bei geschickter Organisation des Wirtschaftslebens mit dem Achtfundentag auszukommen sein.

Englisches Urteil über Löhne und Unternehmerwillkür in Deutschland.

In der angesehenen bürgerlichen Wirtschaftszeitschrift "The Economist" berichtet ein Korrespondent über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Die Frage, wie nach Stabilisierung der Mark eine inländische Konjunktur für verschiedene Verbrauchsartikel entstehen könnte, beantwortet er damit, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger sich an Entbehrungen in der Ernährung wöhnen, der Inflation so gewöhnt haben, daß sie nach der Stabilisierung etwas von ihren geringen Löhnen zur Beschaffung von Nahrungsmitteln verwenden könnten. "Indessen" — schreibt er — kann nicht verhehlt werden, daß die Arbeit in Deutschland gegenwärtig äußerst schlecht bezahlt wird. Die Nominallohne sind geringer als vor dem Kriege, während die Kosten der Lebenshaltung um 45 bis 50 Prozent höher stehen. Die Reallohne betragen demzufolge nicht mehr als 60 Prozent der Friedenslohne. In den ersten Tagen der Stabilisierung war die Arbeiterklasse mit der neuen Lohnfestsetzung gern einverstanden. Mit der Zeit wurde ihr aber die wirkliche Lage klar, und es waren gerade die Lohnhöhungen, die ihr die hoffnungslose Eringfügigkeit der gegenwärtigen Entlohnung vor Augen führten. An anderer Stelle: Die Unternehmer sind äußerst anmaßend. Sie sind in der Tat die geistigen Erben der alten Militärkaste und sind gegenwärtig im vollen Bewußtsein ihrer überlegenen Lage bei den Verhandlungen. ... Wenn die Unternehmer nicht eine vernünftlichere Haltung annehmen, so wird der Tag der Abrechnung kommen, und vielleicht viel früher, als es die meisten heute vermuten.

Die Gelben gegen die Unternehmer?

Der "Landarbeiter" verzeichnet eine Äußerung des Organs des "Pommerschen Landbundes" über den Wahlausfall, in der die brutale Lohnpolitik der Arbeitgeber in folgender Weise gekennzeichnet wird:

Die Gewerkschaften haben in schwerster Gefahr geschwebt im vergangenen Herbst. Damals haben ihnen ungeheure Massen der Arbeiter den Rücken gekehrt, sie zahlten keine Beiträge mehr, sie nahmen Stellung gegen die Führer, sie wollten aus den Verbänden heraus. Da kam ihnen, leider Goffes, die Taktik der Arbeitgeberverbände wieder zu Hilfe. Anstatt sich bei der einsetzenden Festigung der Währung auf den Standpunkt zu stellen, der Arbeiterschaft, soweit es möglich war, auch in Lohnfragen entgegenzukommen, glaubte man, der Arbeiterschaft den Fuß in den Nacken setzen zu sollen. Da bot man den Arbeitern Löhne an, die angesichts der Warenpreise weniger als auskömmlich waren. Die Arbeiter wurden gezwungen, um gerechte Löhne zu kämpfen, und die Arbeitgeber wandten in rigoroser Weise die Waffe der Aussperrung gegen die Arbeiterschaft an. Es scheint fast, als wenn in der Industrie gewisse Kräfte am Werke sind, welche keine Ruhe in unser Wirtschaftsleben kommen lassen wollen, welche aber auch ein Interesse an der Erhaltung der Sozialdemokratie und ihrer Gewerkschaften haben. Und diese Kräfte erkennen, daß die Gewerkschaften nur zusammengehalten werden konnten durch den Druck der Arbeitgeber auf die Arbeiter.

Recht hat das gelbe Blatt schon, aber jammern allein nützt nichts, wenn man nicht die Konsequenzen aus einer momentanen Erleuchtung ziehen will.

Literarisches.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Heft 2. Preis des Heftes 1 Mk. Verlag: Gewerkschafts-Archiv, Jena, Cambsdorfer Straße 10. Von dieser von der gesamten Arbeiterpresse empfohlenen allgemeinen gewerkschaftlichen Zeitschrift liegt jetzt Heft 2 vor. Anlaß des Internationalen Gewerkschaftskongresses (vom 2.-7. Juni in Wien) ist ein guter Teil dieses Heftes dem Internationalen Gewerkschaftskongresse gewidmet. Zwingt gibt einen geschichtlichen Überblick über die bisherigen internationalen Tagungen gewerkschaftlichen Charakters und ihre wachsende Bedeutung. Koppel schreibt über Gewerkschafts-Internationale und Betriebsrätefrage, Falkenberg über den DGB und die Beamten, Linke über die Internationalen Baugilden, Wiffel über das Schlichtungswesen und Engelbert Graf über Stinnes und seine Konzernne. Die Zeitschrift kann allen Funktionären empfohlen werden und sollte vor allem in keiner Ortsverwaltung fehlen. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten sowie der Verlag Gewerkschafts-Archiv in Jena entgegen.